

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Verlag: Dresdner Volkszeitung, Dresden. Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Preis: 10 Pf. pro Woche. Abonnement: 3 Mark pro Vierteljahr.

Dresden, Mittwoch den 6. Februar 1918. Nr. 31. 29. Jahrg.

Siege der Polen und der Rada. — Rumänische Erfolge in Bessarabien. — Der Prozeß Bolo.

Waffenstreik und Sozialdemokratie.

Über das Verhältnis der Sozialdemokratie zum Waffenstreik sind aus Anlaß der letzten Bewegung in der bürgerlichen Presse so viel tolle, auf Unkenntnis der elementarsten Tatsachen beruhende Behauptungen aufgestellt worden, daß es notwendig ist, an einige Dinge zu erinnern, die jedem geläufig sein könnten, der die sozialdemokratische Literatur der letzten Jahre vor dem Krieg mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt hat.

Bekanntlich hat das Problem des politischen Waffenstreiks die Partei gerade in den letzten Jahren vor dem Krieg sehr beschäftigt. Das war seit der ersten Entwicklungsperiode der Arbeiterbewegung nicht mehr der Fall gewesen. Damals hatte man über die Frage des sogenannten Generalstreiks mit den Anarchisten ausgiebig debattiert und vor ihnen gegenüber mit Auer der Überzeugung gewonnen: „Generalstreik ist Generalauflösung“. Räumlich der Generalstreik der Anarchisten, der das Mittel war, der alle beschwerliche Gegenwartsarbeit überflüssig machen, die große Weltbewegung mit einem Schlag herbeiführen sollte. Bei dieser Auffassung blieb es. Die Sozialdemokratie hat niemals der Generalstreiksidee gelobte die praktische Arbeit für die Interessen der Arbeiterklasse aufgegeben.

In den neunziger Jahren des vergangenen und im ersten Jahrzehnt dieses Jahrhunderts wurde das Problem des allgemeinen Streiks in Belgien, Oesterreich und Russland praktisch. In Belgien und Oesterreich erkämpften sich die Arbeiter durch den Streik oder durch die Drohung mit ihm die Wahlreformen. In Russland wurde der Waffenstreik das stärkste bewogene Element im Prozesse einer gewaltrevolutionären Entwicklung. Während die Arbeiter dreier Nachbarländer im Kampf für ihre politische Freiheit das Werkzeuge einsetzten, agierte über Preußen-Deutschland die tiefe Reaktion, und der Weg zur Demokratie, den die Arbeiter in verzweifelten Räten suchten, war durch die unübersteigbar scheinenden Barricaden des preussischen Dreiklassen-Wahlrechts verunmöglicht.

So war es nur natürlich, daß sich die sozialdemokratische Presse und die sozialdemokratischen Parteitage sehr lebhaft mit dem Problem des politischen Waffenstreiks beschäftigten. Es traten dabei in der Hauptsache zwei Richtungen zum Vorschein, die man als die voluntaristische und die evolutionistische bezeichnen könnte. Die eine, deren glänzender Wortführer Ludwig Frank geworden war, ging darauf aus, die Arbeiter zum Bewußtsein zu erwecken, daß die Demokratisierung Deutschlands die entscheidende Frage in ihrem Bestreben sei, und sah in dem Waffenstreik ein bewußt zur Erreichung demokratischer Ziele angewandtes Mittel. Man kann sie voluntaristisch nennen (von voluntas — Willen), weil sie auf den bewußten Willen das Hauptgewicht legte. Ihr entgegenstand die evolutionistische, stärker mit der wirtschaftlichen Entwicklung rechnende Richtung, die besonders von Karl Kautsky vertreten wurde. Diese Richtung sah dem Willensfaktor eine geringere Bedeutung bei und sah, wie man es mit einiger Übertreibung ausdrücken darf, im Waffenstreik eben die unwillkürliche, aber unter bestimmten Umständen notwendige Erscheinungsform eines revolutionären Entwicklungsprozesses.

Keine dieser beiden Richtungen zeigte Neigung, zu den überholten Ideen der anarchistischen Generalstreikpropaganda zurückzukehren. Und beide behandelten den Waffenstreik lediglich als Friedensproblem. Der Waffenstreik als ein Mittel, Kriege zu verhindern, war von den deutschen Delegationen auf allen internationalen sozialistischen Kongressen konsequent zurückgewiesen worden. Es ist nicht ohne Reiz daran zu erinnern, daß Aristide Briand, der nachmalige französische Ministerpräsident im Kriege, und Gustave Hervé, der Herausgeber der Victoire, ihre wichtigsten Anwälte gewesen sind. Als der Krieg ausbrach, hat sicher kein Sozialdemokrat daran gedacht, daß in seinem Verlauf es zu massenhaften Arbeitsniederlegungen kommen könnte. Die Entwicklung der Meinungen über den Waffenstreik während des Krieges ist aus gegenwärtigen Gründen weniger klar, als sie es vor dem Kriege gewesen ist. Dennoch ist die Annahme der bürgerlichen Presse, daß links von der heutigen sozialdemokratischen Partei nur ein Waffenstreik-Apocryph zu finden seien, jedenfalls falsch. Der Glaube, daß es möglich sei, den gegenwärtigen Krieg durch einen allgemeinen Generalstreik in allen Ländern zu beenden, ist zweifellos auf viel engerer Kreise beschränkt. Und am wenigsten Anhänger dürfte die Theorie der Petersburger „Rada“ finden, die den Zeitpunkt für die Einleitung der bolschewistischen Weltrevolution in allen Ländern gekommen sieht.

Dieses in Deutschland kaum aufzufindende Extrem, das doch im Keim vorhanden und entwicklungsfähig ist, wird notwendigerweise gestärkt und entwickelt durch jede reaktionäre Gewaltmaßregel, durch die Schwäche der Regierung und des Parlaments. Nur eine kleine äußerst linke Gruppe ist eine unablässige Gegnerin des Parlamentarismus und jandert

Der amtliche deutsche Kriegsbericht.

(H. T. D.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 6. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seezerguppe Kronprinz Rupprecht:
In einzelnen Abschnitten der flandrischen Front, in der Gegend von Armentières und am La Bassée-Kanal war die Artillerieaktivität am Nachmittag gesteigert. Bei Lang lebhafter Minenkampf. An der Scarpe und westlich von Cambrai nahm das Artilleriefeuer vielfach gegen Abend zu.

Seezerguppe Deutscher Kronprinz:
Entstehungsvorfälle des Feindes in den Argonnen und ähnlich von Auswurf wurden abgewiesen.

Gestern wurden sieben feindliche Flugzeuge und ein Zerstörer abgeschossen.
Leutnant Bongraz errang seinen 29. Luftflug.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister: Lubnowsky.

deshalb den Bolschewiki zu, die die Konstituante auseinandergetrieben haben. Die ganze Sozialdemokratie und ein großer Teil der links von ihr stehenden Elemente ist grundsätzlich demokratisch und bereit, in der rechtmäßig gewählten Vertretung des Volkes eine Trägerin der Staatsautorität zu wählen. Um so bedauerlicher und bedenklicher ist es, daß der Reichstag in der gegenwärtigen Situation so traurig verlegt hat. Indem die bürgerlichen Parteien, denen der Schred in die Glieder gefahren war, sämtlich der von der Sozialdemokratie geforderten Wiedereinberufung des Reichstages widersprachen, haben sie einen ungeheuren Fehler begangen und eine schwere Schuld auf sich geladen. Ihr Verhalten wirkt nach einer ganz anderen Richtung, als sie vorausgesehen hatten: es schädigt den Reichstag und das Prinzip des demokratischen Parlamentarismus in den Augen der Massen und leitet damit der antiparlamentarischen Propaganda einer alleräußersten Linken Vorschub.

Die Sozialdemokratie kann sich indes durch solche menschenähnliche Ermahnungen von dem als richtig empfundenen Weg nicht abbringen lassen. Dieser Weg geht über die Demokratie zum Sozialismus. Die Partei wird darum ihr Möglichstes tun, um aus den Ereignissen der letzten Tage das Beste zu machen: schädliche Wirkungen abzuwehren und, auf die Erfahrungen der letzten Zeit gestützt, den im Volke vorhandenen, elementar zum Ausbruch gelangten Willen nach Demokratie und Frieden noch energischer als bisher zu vertreten.

Das ukrainische Schachbrett.

Auf dem ukrainischen Schachbrett wird jetzt eine für die östliche Friedensfrage wahrscheinlich entscheidende Partie gespielt. Gelingt es der tschechoslowakischen Regierung, die Riemer Zentralrada matt zu setzen, so verliert sich die Position der russischen Unterhändler in Brest, bekommt dagegen die Zentralrada die Oberhand, so vertritt Trozki in Brest höchstens noch Nordruppland, denn auch die kriegerische Haltung Rumäniens wird durch einen ukrainischen Sonderfrieden unmöglich.

Nach langem, blutigem Hin und Her scheinen jetzt die Truppen der Zentralrada dank polnischer Hilfe wieder siegreich zu sein. Ein Funkspruch aus Kiew vom 2. Februar meldet, daß nach Winkl nun auch Nowotow, der Standort der russischen Obersten Heeresleitung, durch die Polen besetzt und Oberbefehlshaber Arhenski mit seinem ganzen Stabe verhaftet wurde. Nach dem gleichen Funkspruch wurde „der Zustand der Bolschewiki“ in der Hauptstadt Kiew, die angeblich schon in den Händen der Bolschewiki war, von den Ukrainern unterdrückt. An die Spitze des neugewählten ukrainischen Ministeriums wurde der Vorsitzende der ukrainischen Friedensdelegation in Brest-Litowsk, Golubowitsch, gestellt. Alle ukrainischen Truppen stellten sich auf die Seite der Riemer Zentralrada; die Truppenteile der Bolschewiki zogen sich aus der Ukraine nach Russland ab. Bei Kiew soll eine halbe Million ukrainischer Truppen unter Führung von Offizieren verlammet, auch die Zivilbevölkerung soll bemächtigt sein. Minister Golubowitsch hat ein neues Ministerium gebildet, das im Gegenlag zu der bisherigen Regierung der Ukrainer, sich mit den Maximalisten zu verständigen, kein einziges bolschewistisches Mitglied enthält.

Sowohl der Funkspruch der Rada, die nächsten Tage werden erweisen, ob der bolschewistische Vormarsch in der Ukraine nur eine Episode war. Kiew ist auch die Meldung bewahrt, daß die Truppen der Rada auch Charfow besetzt haben, so verliert die ukrainische Sowjetregierung damit

ihre letzte Position. Weiter südlich tobt der rumänisch-russische Kampf, wobei die Rumänen offenbar am einseitigsten und darum erfolgreichsten operieren. Eine englische Meldung besagt:

London, 5. Februar. Nach amtlichen Telegrammen vom 2. Februar aus Jassi entworfen und bekämpft ein großer Teil des rumänischen Heeres jetzt die russischen Truppen. Bei dem Angriff der Russen auf Galatz eroberten rumänische Truppen 50 Kanonen. Letzten Mittwoch griff das 6. russische Armeekorps mit schwerer Artillerie Poltici in der Mitte der Moldaunfront an. Es wurde von den Rumänen umzingelt, entworfen und nach Russland abgehoben. Im Inneren Bessarabiens bemächtigte sich die maximalistische Rote Garde der Vorratsmagazine für die rumänische und die russische Armee. Auf Ersuchen der bessarabischen Regierung ließ darauf die rumänische Regierung die Eisenbahn Rischinew-Ungeny-Jassi und außerdem Bolgrad-Keni und andere Vorratszentren besetzen. Der Kampf zwischen den rumänischen Truppen und den Bolschewikbanden erstreckt sich über ganz Bessarabien. In Russland wurden viele rumänische Offiziere und Parlamentarier verhaftet, besonders in Odessa.

Im Bunde mit den Bolschewiki kämpfen in der Donaugegend die rumänischen Revolutionäre. Wojenni-Iwostka, das Organ des bulgarischen Kriegsministeriums, meldet in einem Privattelegramm aus Babadag:

Die rumänischen Revolutionäre hätten sich von im Osten von Rila befindlichen Einheiten bemächtigt und das Donaudelta als neue Republik erklärt. Der Kommandant der russischen Donauflotte habe erklärt, Odessa werde sich mit allen Mitteln gegen eine Besetzung Bessarabiens durch die Rumänen verteidigen. Die Donauflotte sei zu einer Unternehmung gegen die Rumänen bereit.

Auch Odessa soll sich als freie Stadt mit eigener Verfassung erklären haben, um den Bürgern, wie es in einem Aufruf heißt, den Frieden zu verschaffen.

Dem Daily Telegraph wird aus Petersburg gemeldet: Obwohl man bald merkwürdige Schwierigkeiten für die Bolschewiki erwarten kann, gibt es keine Gründe anzunehmen, daß die Bolschewiki bald zum Fall gebracht werden. In den letzten Tagen hat sich die Lebensmittelversorgung etwas gebessert. Auch die Prostration wurde erhöht. Die Daily News berichten aus Petersburg: Die Sowjetregierung bezieht sich mit der Bildung eines Roten Heeres, um sich dadurch unabhängig von den wechselnden Sympathien der Petersburger Garnison zu machen. Arhenski soll einen neuen Befehl herausgegeben haben, dem zufolge sämtliche Offiziere, die degradiert oder entlassen wurden, sofort diejenigen Posten und denjenigen Rang in der Armee einzunehmen haben, den sie vor der Revolutionierung der Armee hatten.

Der finnische Bürgerkrieg.

Leut Tschelmon hat die Bolschewiki-Regierung nachstehenden offenen Funkspruch abgeleitet: „An alle Dringend. An alle Schiffe. Kameraden! Reservisten! Kein einziger soll keine Entloftung zur Meeres nehmen, solange die bürgerliche Weiße Garde von Finnland nicht verdrängt ist. Ihr Sieg ist der Nachteil unserer Revolution. Bewaffnung wird in der nötigen Menge gesandt werden.“ Ob dieser Funkspruch von der Petersburger oder der finnischen Bolschewiki-Regierung ausgeht, ist aus der Meldung nicht ersichtlich. Nach einer Stockholmer Meldung soll kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß die russische Regierung den finnischen Bürgerkrieg nicht nur schüre, sondern direkt zu leiten entschlossen sei. Im Laufe des Dienstags gingen aus Petersburg Artillerieverstärkungen und verschiedene Spezialtruppen nach Finnland ab. Innerhalb der Petersburger Roten Garde finden mit Genehmigung des Kommissars Anwerbungen für ein nach Finnland abziehendes Korps russischer Roter Garde statt.“

Zum Vormarsch der Weißen Garde.

Kopenhagen, 6. Februar. Aus Napananda wird gemeldet: General Danneberg's Truppen sind bis Uleaborg vorgezogen und belagern die Stadt. Die Belagerung, die aus roten Gardisten und russischen Soldaten besteht, ist stark und hat überdies Verstärkungen durch Russen aus Kemi, Namseni und Somo erhalten. Der früher gemeldete Kampf bei Lervala, nördlich von Tornaa, dauert fort und scheint zu einem Sieg für das Schanzkorps zu führen.

Chinesische Truppen vor Magowieschtschensk.

zu. Petersburg, 5. Febr. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet, daß mehrere Abteilungen chinesischer Truppen vor Magowieschtschensk stehen. Diese Abteilungen gehören dem aus Sachalin angelaufenen Regiment an und bilden den herbeigekommenen Teil der chinesischen Streitkräfte.

Seite 8
Jugend.
Marf
Theater
rüber.
Buchhandlung
Marf
Marf